

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1.50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen In-
landsbezirk RM. 1.50 mit
Postzuschlag. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Wechsellagerung
bzw. Ausbruch auf Verletzung der
Abgabe oder auf Nichterfüllung
des Bezugsvertrages.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Kaufleute jederzeit entgegen.
Grenzüberschreitend
Bestellung Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neuenburg.

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Bisfinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Bisfinger in Neuenburg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Textzeile über
bereits 20 Zeilen. Bekanntmach-
ungen 10 Pf. Rechtsanzeigen 100 Pf.
Zahlung, Offerte und Auftrags-
erteilung 20 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Zahlungsverfalls ebenfalls
gilt, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ver-
tragsabschluss erfolgt. Bei Zahlun-
geräten treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Vertragsbuch für beide Teile in
Neuenburg. Für Brief, Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 79 Dienstag den 7. April 1931 89. Jahrgang

Für gesetzliche Kürzung der Arbeitszeit

Die von der Reichsregierung eingesetzte Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage hat das bisherige Ergebnis ihrer Beratungen in Form eines Teilgutachtens der Reichsregierung vorgelegt. Das Gutachten prüft die Frage, ob die vorhandene Arbeit auf eine größere Zahl und möglichst nur arbeitsbedürftige Menschen verteilt werden kann. Es behandelt die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten von Neueinstellungen und die Einschränkung ungerechtfertigter Doppelverdienste.

Zur Arbeitszeitfrage

werden Verwaltungsmaßnahmen und der Erlass eines Gesetzes vorgeschlagen, das die Reichsregierung ermächtigen soll, für einzelne Gewerbezweige oder Berufe die Höchstdauer der regelmäßigen werktätigen Arbeitszeit bis auf 10 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Ausgenommen bleiben Betriebe, die in der Regel weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigen, ebenso Landwirtschaft und Hauswirtschaft. Von einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit durch das Gesetz selbst wird abgesehen, da es mannigfache Ausnahmen erfordern würde. Die Herabsetzung braucht nicht auf vierzig, sie kann z. B. auch auf zweiundvierzig Stunden erfolgen. Die Vorschriften über Sonntagsarbeit bleiben unberührt.

Die etwa festgesetzte längere regelmäßige Arbeitszeit) hinaus soll einer behördlichen Genehmigung unterliegen. Die Arbeitslosenfrage für vorläufige Überbrückung der Arbeitszeit wird von drei auf fünfzig Mark erhöht.

Zu der Frage der Doppelverdienste

schlägt die Kommission Eingriffe auf gesetzlichem Wege nicht vor. Doch wird von den privaten Arbeitgebern Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse bei Besetzung der Arbeitsplätze und bei Entlassungen empfohlen. Alle Entscheidungen sollen im Zusammenwirken mit den Betriebsvertretungen getroffen werden. Für die öffentlichen Verwaltungen schlägt die Kommission schärfere Forderungen vor. Die Genehmigung zu bezahlten Nebenbeschäftigungen sei hier unzulässig zu widerrufen. In der Frage der verheirateten Beamten will die Mehrheit der Kommission durch Abschaffung der Beschränkung zum freiwilligen Ausscheiden anregen, die Kinderarbeit fördert Kündigung und Gewährung einer Abfindung, sofern die wirtschaftliche Verhältnisse es erfordern.

Die Reichsregierung wird noch im Laufe des April zu dem Gutachten Stellung nehmen. Dem Gutachten ist eine ausführliche Begründung beigegeben. Dieses wird als Sonderveröffentlichung zum Reichsarbeitsblatt mit der nächsten Nummer des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht werden. Die Gutachterkommission wird etwa Mitte des Monats ein zweites Gutachten über die Frage der unterstützenden Arbeitshilfe, Arbeitsbeschaffung und freiwilligen Arbeitsdienstpflicht ausarbeiten. Später soll dann noch ein drittes Gutachten über die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsfürsorge erfolgen.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Von Bürgermeister Weiden-Guxhaven.

Wiederholt wurde die freiwillige Arbeitsdienstpflicht empfohlen. Der Präsident der Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, bemerkte nun kürzlich, daß die Arbeitsdienstpflicht zu teuer käme und daß durch sie überflüssige Arbeiten geleistet würden. Bürgermeister Weiden schlägt nun in der Zeitung „Aufwärts“ vor, man solle die Einkünfte der Vermögenssteuer für Arbeitsdienstwillige verwenden. Wegen den Vorwurf, daß die Arbeitsdienstbetätigung unproduktiv sei, wendet er folgenden sehr interessante ein:

Dr. Syrup bezeichnet die für den Arbeitsdienst vorgesehenen Arbeiten als nicht lebensnotwendig, weil „zusätzlich“, ungeachtet aber sollen im Arbeitsdienst vor allem große volkswirtschaftliche und auch andere Werte geschaffen oder erhalten werden, und das Maß des Arbeitsüberdieses tritt demgegenüber in den Hintergrund. Zur Freiwilligkeit für diese schwere und — ich will sie einmal so nennen — schlecht entlohnte Arbeit kann man nach meiner Überzeugung überhaupt nur aufrufen, wenn es sich zur Hauptsache gerade um Leistungen handelt, die für unser Volk und nicht nur für dessen Wirtschaft, lebensnotwendig sind. Dr. Syrup führt in diesem Zusammenhang die Beschaffung von Siedlungsgründen an. Ich denke, es gibt für unsere Innenpolitik kaum etwas lebensnotwendigeres als gerade diese Arbeit, vor allem im Osten. Das Gleiche gilt auch für andere Teile Deutschlands. Aber man besorgt, daß die Vorarbeiten für die Herrichtung einer Siedlerstelle zu teuer seien, dem Siedler zu schwere Lasten auferlegten. Nun wohl, der freiwillige Arbeitsdienst könnte einen Teil dieser Arbeiten verbilligen. Dr. Syrup erwähnt ferner **Ruhegeregulierungen**. Erleben wir nicht fast jedes Jahr schwere Dammbrüche und Überschwemmungen? Militär und Technische Notdienste werden eingesetzt, um erst einmal im Augenblick Hilfe zu bringen. Der Arbeitsdienst soll vor allem junge gesunde, arbeitswillige Menschen aus dem landlosen Raum langer Tatenlosigkeit mit ihren künftigen Räten und Gefahren herauslocken und ihnen das Bewußtsein geben, daß sie, die man ja so gern die „Zukunft Deutschlands“ nennt, diesem ihrem Volke in wertvoller Arbeit dienen können. Und diese künftige Stärkung unserer Jugend ist für unseres Volkes Zukunft so lebensnotwendig wie nur irgend eine wirtschaftliche Leistung. Und weiter: Die Siedlungsarbeit im Osten und damit der für sie zu leistende Arbeitsdienst hat eine entscheidende nationalpolitische Bedeutung. Und schließlich: Durch unsere Presse geht der Ruf: Wir Deutschen sind ein **herbendes Volk**, weil unsere Geburtenzahl sinkt, unsere Bevölkerung „vergraut“. Nicht aus den Städten kann die Rettung kommen, nur vom Lande her, aber hier wieder aus dem **Sauerland**. Das Anbauen von Klein- und Mittelbauern ist eine bevölkerungspolitische Lebensnotwendigkeit für Deutschland, und damit ist jede hierfür ausgeführte Leistung im Arbeitsdienst, besonders durch landlose Landmanns- und Landarbeiterhöfe, so lebensnotwendig wie kaum eine andere. Um unseres Volkes willen tue man jedenfalls eine entscheidende Tat. Die Arbeitsdienstwilligen sind da und warten nur auf den Ruf.

Der Kampf Hitler—Stennes

Weiteres Abbröckeln bei den Stennes-Anhängern

Die Nationalsozialistische Partei hat nunmehr das Parteihaus in der Hedemannstraße in Berlin wieder völlig in ihrem Besitz, nachdem die Stennes-Anhänger in der Nacht zum Karfreitag die Räume mehr oder weniger freiwillig verlassen und in der Matthäikirchstraße 16 ein eigenes Quartier bezogen haben. Nach einer Auskunft der Parteileitung sind während des Freitags und auch am Samstagvormittag in der Hedemannstraße fortgesetzt Abordnungen der S.M. erschienen, um auf Grund des Auftrages von Adolf Hitler im „Wäldchen Beobachter“ Träne-Erklärungen abzugeben. Es wird behauptet, daß hinter Stennes nur noch seine 12 bis 14 Stabsführer und die für seinen eigenen Schutz organisierte Stabswache stehen, sonst aber die Berliner S.M. zu 75 Prozent wieder von Stennes abgefallen und zu Hitler zurückgekehrt seien.

Die Parteileitung der N.S.D.A.P. hofft, daß bis Mitte der Woche auch die restlichen S.M.-Leute wieder völlig in der Hand der Partei sein werden.

Diese Klüfte zu Hitler hat zum Teil auch materielle Hintergründe. Inzwischen ist nämlich der Tag der Soldatenzahlungen für die S.M.-Leute herangekommen. Stennes ist nicht in der Lage, die Berliner S.M. in der gewohnten Weise bezahlen zu können. Auch die Verpflegung der Leute, für die eine besondere Küche in der Hedemannstraße eingerichtet war, machte aus Geldmangel immer größere Schwierigkeiten. Die „Säuberungsaktion“ hat ja bereits innerhalb des „Angriffs“ die ersten Opfer gefordert. Der stellvertretende Hauptschriftleiter Dr. Kupert, der eine vermittelnde Haltung eingenommen hatte, hat sich übrigens für Hitler und Dr. Goebbels entschieden und ist auf seinem Posten geblieben worden.

mäßig nur kleine Anzahl von S.M.-Leuten mit der Einrichtung der Bureaus beschäftigt, nachdem man in der Nacht zum Freitag Schreibmaschinen, Kartotheken und Einrichtungsgegenstände von der Hedemannstraße nach der Matthäikirchstraße gebracht hat. In den Räumen hat man alles entfernt, was an den Führer Hitler erinnern könnte.

Die Fragen über die angeblich neue Parteigründung des Hauptmanns Stennes werden dahin beantwortet, daß die S.M. sich immer noch als Nationalsozialisten betrachten und in der Partei als die wahren Vertreter der Idee verbleiben wollen.

Der Streit Stennes—Hitler

Berlin, 6. April. Der Streit zwischen Stennes und Hitler innerhalb der Berliner S.M.-Mannschaften ist bis jetzt noch nicht endgültig geklärt. Es sind über die Feiertage eine Reihe von Erklärungen hin- und hergegangen, die jedoch die Sache selbst keinen deutlichen Fortschritt gebracht haben. Stennes hat auf der Gassenbahn am Samstagabend eine Versammlung seiner Gefolgschaft und mehrerer Unterführer abgehalten; dabei fielen sehr scharfe Worte gegen die Erklärung eines „Braunen Hauses“ in München in einer Zeit, in der die einzelnen S.M.-Leute kaum das Geld aufbringen könnten, um ihren Lebensunterhalt zu fristen.

Zum Schluß ergriß Hauptmann Stennes das Wort. Er gab die Erklärung ab, er sei von den Oberführern der S.M. Nord zu seinem Verhalten gezwungen worden und müßte schon am nächsten Tage die Erfahrung machen, daß ein großer Teil der S.M. ihm nicht mehr die Träne hielt. Er gab seinen Anhängern eine Frist bis Dienstagabend zu überlegen, ob sie ihrem alten Führer Stennes die Träne bewahren, oder sich unterwerfen wollten. Bis Dienstagabend müßte entweder die ganze S.M. auf seiner Seite sein oder den anderen Weg gehen. Er für seine Person wisse, was er zu tun habe. Man darf annehmen, daß Stennes Forderung von der ihm treuen S.M. nicht erfüllt werden kann.

Erst morgen Abend wird man also die ganze Lage übersehen können. Bei dem Streit ist jedoch eine Erklärung von Oberleutnant a. D. Wendi, der gegenwärtig auf der Festung Gollnow sich befindet und ein Kamerad Scheringers in dem Reichswehrprojekt war, nicht ohne Bedeutung. Er schreibt darin:

„S.M.-Kameraden, die Verräter liegen in München. Sie schienen uns **Waisenkinder** unter, weil wir die revolutionäre Schwungkraft behalten haben. Wir haben kein Interesse daran, uns probieren und zu vorzeitigen Verzweilungsstätten hinreißen zu lassen, aber wir gehören dahin, wo die Revolution des werktätigen deutschen Volkes vorwärtsgetrieben wird. Ich sage mich daher, ebenso mein Kamerad Scheringer, von Hitler und seinem Faschismus los.“

Auch Leutnant a. D. Scheringer, der bekanntlich zu den Kommunisten übergetreten ist, hat zu der Auseinandersetzung Stellung genommen. Er schreibt in einem Brief: Die Revolte der nationalsozialistischen Sturmabteilungen unter der Führung von Hauptmann Stennes gegen die „Mündener Volksbetrüger“ habe den unvermeidlichen Zerfallsprozeß in der N.S.D.A.P. gewaltig beschleunigt. Scheringer gibt weiter den ehemaligen Kameraden der S.M. den Rat, „den Sprung in das Lager des siegreichen Kommunismus zu wagen“.

Deutsche Turnerschaft und freiw. Arbeitsdienstpflicht

106 000 landwirtschaftliche Saisonarbeiter sind im vorigen Jahre mit Wissen und Genehmigung der zuständigen Stellen in Deutschland beschäftigt worden. Wenn man bedenkt, mit welcher Mühseligkeit andere Länder, die nicht fünf Millionen Arbeitslose besitzen, die Einreise bekommen, ja sogar so weit gehen, daß ausländische Arbeiter auf Kosten des Staates (Amerika) in ihre Heimat zurückbefördert werden sollen, dann muß man es geradezu als einen Standesbescheiden, daß Deutschland noch mehr als 100 000 Polen Arbeit gibt. Der 1. Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Staatsminister a. D. Dominicus, sprach am letzten Sonntag im Rahmen eines Führertreffens des Pfälzer Turnerbundes in Annweiler diese Worte. Er machte ferner die folgenden interessanten Mitteilungen. Vor kurzer Zeit ist er (Dominicus) vom Reichsarbeitsminister zu einer Besprechung von Sachverständigen eingeladen gewesen, wo über die Frage der Einführung der Arbeitsdienstpflicht beraten wurde. In diesem Kreise hat Dominicus gefordert, daß endlich der Zutritt von polnischen Saisonarbeitern nach Deutschland eingeschränkt werde. Diesem Verlangen hat nun das Reichsarbeitsministerium stattgegeben und verfügt, daß im Jahre 1931 nur noch 50 000 polnische Saisonarbeiter Einreiserecht nach Deutschland bekommen sollen. Aus Kreisen der Landwirtschaft ist wohl darauf hingewiesen worden, daß sich für diese schmerzliche landwirtschaftliche Spezialarbeit (es handelt sich in der Hauptsache um das sog. Rübenziehen in Plantagen) wohl kaum geeignete deutsche Arbeitskräfte in genügender Zahl finden würden. Hierzu müßte er aber schon sagen, daß dies bei 5 Millionen Arbeitslosen eine etwas gemagte Behauptung sei.

Man wird versuchen, schon in diesem Jahre die ausfallenden 50 000 polnischen Arbeiter durch deutsche Kräfte zu ersetzen. Die deutsche Turnerschaft hat ihre Hilfe angeboten in der Weise, daß in den 18 Turnfesten der Deutschen Turnerschaft erwerbslose Turner, die sich freiwillig melden und für die Arbeit körperlich geeignet sind, namhaft gemacht werden und dann durch die Landesarbeitsämter zusammengeführt und als Gruppen von Gleichgesinnten zur gemeinsamen freiwilligen Arbeitsleistung eingesetzt werden sollen. Auf diesen Vorschlag von Dominicus hat der Reichsarbeitsminister kürzlich eine zusage Antwort erteilt und u. a. geschrieben: „Unter diesem Gesichtspunkt soll auf die einseitige Zusam-

